



...kantes zustande gebracht hätte, aber eines doch: Er hat mit seinem Eifer auf dem Gebiet einer Steuerreform den Koalitionspartner in einer Weise auseinanderdividiert, wie man das in einer Partei nicht für möglich gehalten hätte, deren Einzelteile politische Gegner einst gern mit dem Ruf schreckten, in proletarischer Disziplin zusammenschweißt zu sein. Die „Wir haben es satt!“-Rufe der einen Fraktion gingen fürs Erste im „Pscht!“ der Parteiobrigkeit unter, eine Dissonanz, die ein zartes und obendrein leicht manisches Gemüt wie den Neos-Chef Matthias Strolz zum Handeln zwang. Er konnte den Hader nicht länger mit ansehen, und um ihn möglichst rasch zu beenden, verfiel er auf die Idee, man möge doch den Bundeskanzler mit einer Richtlinienkompetenz ausstatten.

Die Reaktion auf diesen Vorschlag, die am meisten überraschte, war die des Bundeskanzlers – er begrüßte ihn ausdrücklich, was man von jemandem mit einer verhaltenen Amtsführung, wie er sie bisher pflegte, nicht ohne weiteres erwartet hätte. Schamhafte Zurückweisung einer solchen Zumutung, das ja, sanftes Erröten ob dieses Vertrauens in bisher unbemühte Führungsqualitäten, ja. Aber dieser Machtrausch einer spontanen Bereitschaft, sich vom Chef einer Oppositionspartei den Cäsarenkranz eines Richtlinienerslassers aufs Haupt drücken zu lassen, kam doch unerwartet.

...sprachen, eine dieser sie äußerte. Dessen sozialdemokratisches Gegenstück Andreas Schieder wollte über Strolzens Geniestreich auch möglichst bald zu diskutieren beginnen, aber wie es hierzulande schon geht – noch ehe die Diskussion beginnen konnte, ward sie vom Realitätssinn diverser Verfassungsrechtler abgewürgt. Ihre Expertisen ergaben letztlich, dass Strolz mit seiner Idee leider den Kairos verschlafen hat. Der richtige, ja einzig mögliche Augenblick für die Ausübung einer Richtlinienkompetenz wäre, wenn überhaupt, die Regierungsbildung, ist es doch der Bundeskanzler, der die Mitglieder der Regierung vorschlägt. Sind sie einmal vorgeschlagen und angelobt, tritt die Praxis der Richtlinienimpotenz in ihr Recht. Nicht selten schmerzhaft, wie am Beispiel der Steuerreform sichtbar wird.

Strolz muss man zugutehalten, er hat sich bemüht. Sein verzweifelter Ruf nach einem Instrument, mit dem sich die Verkrustung dieser Koalition aufbrechen ließe, müsste nicht ungehört verhallen, ginge es weniger um die Erlassung von Richtlinien als um die Ausstrahlung einer Kompetenz, die den inhaltlichen Widerstand gegen das Notwendige, im gegebenen Fall vor allem gegen eine Steuerreform, überzeugend als kontraproduktiv und schädlich für das Land auflösen könnte.

Mit der Verbreitung von Angst vor Neuwahlen wird das nicht gelingen. Diese zu fürchten, weil sie die FPÖ stärken könnten, geht am Problem vorbei. So bis 2018 weiterregiert, und sie ist sicher die stärkste Partei.

...ung das Rückgrat unserer Gesellschaft bilden.

Aber wie gering diese Art von Arbeit nach wie vor eingeschätzt wird, zeigt sich an der miserablen Bezahlung, mit der „Frauenarbeit“ nach wie vor abgespeist wird, weshalb es auch wenige männliche Kindergärtner oder Männer im Pflegebereich gibt.

Gleichzeitig sollte der vielen Frauen gedacht werden, die es in der Vergangenheit trotz meist enormer Widerstände geschafft haben, im politischen, künstlerischen, gesellschaftlichen Leben Bedeutendes zu leisten, und die immer noch in den Geschichtsbüchern nicht aufscheinen, die mühsam durch feministische Historikerinnen aus dem Dunkel der Geschichte befreit werden müssen. Immerhin standen ihnen erst seit gut hundert Jahren die Universitäten offen, wurde ihnen aufgrund eines angeblich kleineren Gehirns der nötige Intellekt abgesprochen und war ihnen bis zum Ende der Monarchie die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verwehrt.

Mut und Ausdauer

Es bedurfte eines hohen Ausmaßes an Mut, Ausdauer und Intelligenz, diese Widerstände zu umgehen, zu brechen, zu bewältigen. Um die Jahrhundertwende etwa begannen Frauen sogenannte Frauenvereine zu bilden, um unter dem Mäntelchen der gerne gesehenen Wohltätigkeit auch politisch tätig zu sein. Sie haben begonnen, im Ausland zu studieren, solange das in Österreich nicht möglich war, wie etwa Helene von Druskowitz, die bereits 1878 mit 22 Jahren in Zürich zum Doktor der Philosophie promovierte. Die hochintelligente Frau, die zahlreiche philosophische Abhandlungen schrieb, wurde 1891 in die niederösterreichische Landesirrenanstalt Mauer-Öhling eingewiesen, wo sie weitere 27 Jahre bis zu ihrem Tod gelebt hat.

...fragten ist. Obigens waren auch an der Erforschung der Kernspaltung Frauen beteiligt, nämlich die Nobelpreisträgerin Marie Curie durch ihre Erforschung radioaktiver Substanzen und die bedeutende, in Wien aufgewachsene Kernphysikerin Lise Meitner.

Letztere hat sich später gewei- gert, einen Forschungsauftrag für

LESERSTIMMEN

Umfassende Vorabanalysen

Betrifft: „Deutsch für Inländer“, Gastkommentar von Leo Kretzenbacher und Rudolf Muhr

DER STANDARD, 2. 7. 2014

Im Gastkommentar wird die Behauptung aufgestellt, dass das Forschungsprojekt „Österreichisches Deutsch als Unterrichtssprache“ der Universität Wien „in der Konzeption und in den Fragestellungen auf einer Diplomarbeit basiert, die bereits 2008 an der Universität Graz verfasst wurde“.

Diese Behauptung ist falsch. Das erwähnte Forschungsprojekt (<http://oesterreichisches-deutsch.bildungssprache.univie.ac.at>) basiert auf einer breiten Datenbasis: einer umfassenden Analyse der Literatur und Interviews mit elf ExpertInnen der Deutschdidaktik, auf einer Analyse der Deutschlehrpläne aller Schulen sowie der Studienpläne für die LehrerInnenausbildung und einer Analyse der meistverwendeten Deutschlehrbuchserien. Als weitere Datengrundlage dienen eine Fragebogenerhebung unter 1264 SchülerInnen und 164 LehrerInnen sowie Interviews mit LehrerInnen aller Schultypen aller Bundesländer und Gruppendiskussionen.

Weiters wird behauptet: „Die meisten Ergebnisse wurden schon dort (in der erwähnten Diplomarbeit, Anm.) publiziert.“ Auch diese Behauptung ist falsch – die

...lich ist. Es sollte ebenso gut abgeschafft werden. Das wäre auch eine Lösung.

HILDE SCHMÖLZER ist Autorin mit Schwerpunkt auf Frauengeschichte und Frauenbiografien. Ihr Buch „Die verlorene Geschichte der Frau. 100.000 Jahre unterschlagene Vergangenheit“ war ein Bestseller.

definitiven Projektergebnisse liegen noch gar nicht vor.

Das Projekt „Österreichisches Deutsch als Unterrichtssprache“ wurde im Rahmen des hochkompetitiven internationalen Begutachtungsverfahrens des FWF als förderwürdig beurteilt. Die im STANDARD wiedergegebenen falschen Behauptungen unterstellen den das Projekt durchführenden WissenschaftlerInnen zu Unrecht und auf unseriöse Art und Weise wissenschaftlich nicht korrekte Vorgangsweisen und den GutachterInnen des FWF, nicht durchschaut zu haben, dass das Projekt nur „auf einer Diplomarbeit basiert“.

Rudolf de Cillia, Elisabeth Fink, Jutta Ransmayr

Genügend Geld fürs Fahren

Betrifft: „Künstliche Erregung“ von Luise Ungerboeck

DER STANDARD, 16. 7. 2014

Immer interessant sind Bemerkungen wie „Die Regierung (...) entschließt sich (endlich), für das Fahren auf Straßen Geld zu verlangen“. Nachdem wir ja außer der Kfz-, der Mineralöl- und sonstigen Steuern einschließlich Parkgebühren für das Autofahren nichts zahlen müssen.

Dass eine Regierung mit so fadenscheinigen Argumenten daherkommt, ist bekannt, aber das müssen Journalisten nicht unbedingt wiederholen.

Wolfgang Grubhoffer, 4040 Linz

Freitag, 18. 7. 2014